

Das Ende der Goldgräberstimmung – und warum unsere Wälder dennoch in Gefahr sind



Windräder rentieren sich kaum noch für ihre Betreiber. Neue gesetzliche Regelungen, sinkende Einspeisevergütungen und hunderte Stunden Negativpreise im Jahr zerstören die Kalkulation vieler Projekte. Eine gute Nachricht für Steuerzahler und Natur – aber kein Grund zur Entwarnung.

Es gibt Momente, in denen die Realität die Propaganda einholt. Nach Jahren, in denen Windkraftprojekte mit Versprechen über saubere Energie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Prosperität beworben wurden, beginnt sich das Bild zu verschieben – still, fast unbemerkt, aber mit wachsender Deutlichkeit. Die sogenannte Goldgräberstimmung in der Windkraftbranche ist vorbei. Was bleibt, ist eine nüchterne Abrechnung: mit falschen Versprechen, fragwürdigen

Investitionsmodellen und einem politischen System, das den Bürger – als Steuerzahler und als Waldbewohner – jahrelang für diese Rechnung hat bezahlen lassen.

Wer die Zahlen kennt, der weiß schon länger, worum es bei Windrädern tatsächlich geht. Nicht ums Klima. Nicht um Strom. Sondern ums Geld. Das sagen nicht wir – das sagen die Finanzfachleute aus der Branche selbst. Und genau deshalb ist die aktuelle Entwicklung so aufschlussreich: Wenn selbst die Investoren die Reißleine ziehen, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger fragen, wer in all diesen Jahren eigentlich die Zeche bezahlt hat.

Das Märchen vom Windrad, das 15.000 Menschen versorgt

Auf Informationsveranstaltungen, in Gemeinderatssitzungen, in Hochglanzbroschüren von Projektentwicklern begegnet uns immer wieder dieselbe Behauptung: Ein modernes Windrad versorge rund 15.000 Haushalte mit Strom. Ein imposantes Versprechen. Und ein grundlegend irreführendes.

Denn Windräder drehen sich nur dann, wenn Wind weht. Das klingt banal – ist es aber nicht, wenn man die Konsequenzen ernstnimmt. In rund einem Drittel aller Stunden im Jahr steht ein durchschnittliches Windrad still. Kein Wind, kein Strom. Wer in einem solchen Moment auf eine stabile Versorgung angewiesen ist – und das ist jeder Haushalt, jedes Krankenhaus, jede Fabrik – der bekommt von diesem Windrad schlicht gar nichts.

Ein Windrad versorgt keine 15.000 Menschen. Es ist die absolute Katastrophe für das Stromnetz – weil es nicht den Strom liefert, den wir brauchen, sondern den, den der Wind gerade hergibt.

Die Grundregel des Stromnetzes ist eisern: Erzeugung und

Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt exakt übereinstimmen. Nicht annähernd – exakt. Weicht die Frequenz zu stark ab, schalten sich Netze aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die Konsequenz einer rein windbasierten Versorgung wäre im besten Fall ein instabiles Netz mit häufigen Unterbrechungen, im schlimmsten Fall das, was bei den Pfalzwerken Realität wurde: unkontrollierte Spannungsspitzen, die Haushaltsgeräte zerstören. Das ist kein theoretisches Risiko. Das ist gelebte Praxis.

Dennoch wird das Märchen von der Windkraft als verlässliche Energiequelle weitererzählt. In Bürgerversammlungen. In Förderanträgen. In der Tagespresse. Und unsere Wälder sollen dafür erhalten.

Das Gesetz, das die Rechnung änderte – und lange überfällig war

Seit dem 1. April letzten Jahres gilt eine neue Regelung, die lange überfällig war: Wenn der Börsenstrompreis negativ ist – wenn also so viel Strom im Netz ist, dass man für die Abnahme sogar bezahlt werden muss – entfällt für Windkraftbetreiber in diesem Zeitraum die staatliche EEG-Förderung vollständig. Der anzulegende Wert sinkt auf null.

Klingt technisch. Hat aber massive finanzielle Auswirkungen. Denn die Zahl der Stunden mit Negativpreisen explodiert geradezu: 325 Stunden im Jahr 2023, 520 Stunden im Jahr 2024, 652 Stunden im vergangenen Jahr. Eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fortsetzen und sogar verschärfen dürfte.

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
2023	325 Stunden
2024	520 Stunden
2025	652 Stunden

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
Ertragsverlust Windkraft	– 7,64 %
Eingesparte EEG-Förderung	688 Millionen Euro

Hätte diese Regelung bereits im vergangenen Jahr vollständig gegolten, hätten die Steuerzahler allein bei Windkraft-Onshore rund 688 Millionen Euro weniger Fördergelder zahlen müssen. Das ist begrüßenswert – und zeigt zugleich, wie viele Jahre lang Geld aus dem EEG-Konto in Taschen geflossen ist, die es nicht gebraucht haben. Wind hat uns als Gemeinschaft zuletzt 3 Milliarden Euro netto gekostet. Solar sogar fast 10 Milliarden. Und das in einem einzigen Jahr.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Steuerzahler hat jahrelang für Strom gezahlt, den er oft nicht brauchte – und in manchen Stunden sogar dafür, ihn loszuwerden. Alles im Namen der Energiewende. Alles zulasten unserer Wälder.

Der Wettbewerb, der keine Gewinner mehr kennt

Zu den veränderten Förderbedingungen kommt ein zweiter, struktureller Einbruch: die Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur. Bei der Auktion vom 1. November vergangenen Jahres wurden 3.450 Megawatt ausgeschrieben. Beworben haben sich Projekte mit zusammen über 8.000 Megawatt. Das Verhältnis: mehr als doppelt so viel Angebot wie Nachfrage.

In einem solchen Wettbewerb gewinnt nicht das beste Projekt – sondern das billigste. Wer früher mit 7,35 Cent pro Kilowattstunde kalkuliert hatte, bekam keinen Zuschlag mehr. Nur wer auf 6 Cent oder weniger heruntergegangen war, hatte noch eine Chance. Der durchschnittliche anzulegende Wert fiel von 11,39 Cent auf 9,39 Cent – ein Rückgang von 18 Prozent. Diese 18 Prozent weniger Einnahmen kommen zusätzlich zu den 7,64 Prozent Verlust durch die Negativstunden. Wer jetzt noch

rechnet, merkt schnell: Die Projekte, die derzeit in unseren Gemeinden beworben werden, wurden auf Grundlage von Zahlen kalkuliert, die so nicht mehr gelten.

Gemeinden, die einen Bürgermeister haben, der diesen Projekten vertraut, sollten sehr genau nachfragen, mit welchen Annahmen heute noch gerechnet wird.

Ein konkretes Windrad, eine ehrliche Rechnung

Abstrakte Zahlen überzeugen oft weniger als ein konkretes Beispiel. Nehmen wir einen realen Fall: den Bürgerwindpark Rietholz, gelegen zwischen Bad Aibling und München. Ein Windrad, Gesamtkosten von 9,5 Millionen Euro, davon 2,1 Millionen Eigenkapital und 7,3 Millionen Bankdarlehen. Nach der ursprünglichen Kalkulation – mit einer Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde, einem bereits sportlichen Ansatz für eine Schwachwindregion – ergab sich eine Rendite von rund 4,16 Prozent über 20 Jahre.

Nach den neuen Regelungen sieht die Rechnung anders aus. Statt einer Million Euro Umsatz im ersten vollen Betriebsjahr bleiben noch 743.000 Euro – bei gleichbleibenden Betriebs-, Zins- und Tilgungskosten. Über 20 Jahre summiert sich das auf ein Minus von knapp 500.000 Euro. Wer 2,1 Millionen investiert und am Ende einen Verlust von fast einer halben Million hält, hat nicht investiert – der hat sein Geld verbrannt.

Du investierst 2,15 Millionen Euro und bekommst am Ende 234.000 Euro zurück. Nicht als Rendite – als Gesamtrückfluss. Das ist kein Investment. Das ist Kapitalvernichtung.

Noch brisanter ist, was in bestimmten Jahren passiert: Wenn die Tilgungsraten so liegen, dass im gleichen Jahr kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, kommt die Bank. Und wenn die Bank kommt und keine Liquidität da ist, folgt die

Zwangsversteigerung. Der Grundstückseigentümer – oft ein Bauer, der glaubte, mit dem Windrad ein sicheres Zusatzeinkommen zu haben – sitzt am Ende auf einem maroden Betonsockel, für dessen Rückbau kaum Rücklagen gebildet wurden. Denn die Rückbaurücklage wächst langsam: Im siebten Betriebsjahr wären es vielleicht 15.000 Euro. Ein Rückbau kostet ein Vielfaches davon.

Wenn Konzerne Verluste machen – und trotzdem weiterplanen

Man könnte meinen, die Branche ziehe Lehren. Der große Windparkentwickler Abo Energy liefert das Gegenteil: Das Unternehmen – seit 1996 am Markt und bis dato ohne Jahresverlust – hat erstmals rote Zahlen geschrieben. 170 Millionen Euro Verlust. Die Ursache: überzeichnete Ausschreibungsrunden, gesunkene Vergütungssätze, notwendige Abschreibungen auf laufende Projekte. Das Unternehmen selbst rechnet damit, dass die Einspeisevergütung dauerhaft auf niedrigem Niveau verharrt oder sogar weiter sinkt.

Und trotzdem werden neue Projekte geplant. Trotzdem werden Bürgerversammlungen abgehalten. Trotzdem werden Wälder vermessen, Gutachten erstellt, Bürgermeister überzeugt. Denn auch bei sinkenden Margen lässt sich Geld verdienen – solange genug davon aus dem öffentlichen EEG-Topf fließt und solange Grundstückseigentümer günstige Pachtverträge unterschreiben. Die Frage, die sich jede Gemeinde stellen muss: Wessen Interessen werden hier eigentlich vertreten?

Der dritte Schlag – Netzentgelte kommen

Als wäre das nicht genug, kündigt sich eine dritte Belastung an. Die Bundesnetzagentur schlägt vor, dass Solar- und Windkraftanlagen künftig Netzentgelte zahlen sollen – also

jene Gebühren, die bisher nur Verbraucher und konventionelle Erzeuger entrichten mussten. Bisläng nutzten die Betreiber die Leitungsinfrastruktur kostenlos, während alle anderen für sie mitbezahlten.

Wie hoch diese Entgelte sein werden, ist noch offen. Aber allein die Ankündigung ist ein Signal: Der politische Rückenwind für die Windkraft dreht sich. Auch bestehende Anlagen könnten betroffen sein – ein Faktor, der in keiner der alten Investitionskalkulationen berücksichtigt wurde. Wer jetzt noch ein Windrad in einem Schwachwindgebiet plant – und Teile Bayerns und Baden-Württembergs zählen zweifellos dazu – der hat entweder die Zahlen nicht gelesen oder er rechnet damit, dass andere für seine Fehler aufkommen. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Systemausnutzung.

Was das für unsere Wälder bedeutet

Man könnte diese Entwicklung als reine Finanzgeschichte abtun. Aber für uns als Bürgerinitiative ist sie mehr als das. Sie zeigt, dass die Argumente, mit denen Windräder in unsere Wälder geplant werden, auf wackligem Fundament stehen – wirtschaftlich wie ökologisch.

Ein Windrad, das sich nicht rechnet, wird gebaut werden, solange der Fördertopf groß genug ist. Ein Windrad, das sich doch rechnet, wird gebaut werden auf Kosten unserer alten Bäume, unseres Grundwassers, unserer Landschaft und unserer Lebensqualität. Beides ist inakzeptabel. Denn was einmal im Wald zerstört ist, wächst in keiner Amtszeit nach.

Die gute Nachricht, die die aktuelle Marktentwicklung bringt, ist real: Viele Projekte werden sich nicht mehr realisieren lassen. Investoren werden abspringen. Geplante Standorte im Wald werden vorerst von der Liste verschwinden. Das ist eine Atempause – kein Sieg.

Denn solange die politischen Rahmenbedingungen nicht

grundlegend korrigiert werden, solange Flächenziele gesetzlich verankert bleiben und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden sollen, bleibt der Druck auf unsere Wälder hoch. Und mit dem nächsten politischen Paradigmenwechsel, dem nächsten Subventionspaket, kommt auch die nächste Welle an Projektentwicklern, die nach renditeträchtigen Standorten suchen.

Wir werden weiter da sein. Laut, sachlich, hartnäckig. Für unsere Wälder. Für eine Energiepolitik, die ehrlich ist.

.
. .
.

Quellen: www.youtube.com/watch?v=n_5qEqlsN8k

**Windkraft um jeden Preis?
Diese Subventionspolitik muss
endlich enden**



**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION
IM BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN
BIS 16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

Die Debatte über den Ausbau der Windkraft wird in Deutschland seit Jahren mit einer auffälligen moralischen Schärfe geführt. Wer zustimmt, gilt als zukunftsorientiert. Wer widerspricht, wird schnell als rückständig, unvernünftig oder gar verantwortungslos abgestempelt. Doch hinter dieser aufgeladenen Fassade wächst bei immer mehr Menschen der Eindruck, dass hier etwas grundsätzlich aus dem Ruder gelaufen ist. Denn was offiziell als notwendiger Fortschritt verkauft

wird, ist vielerorts nichts anderes als ein politisch aufgeblähtes Fördersystem, das wirtschaftliche Schwächen kaschiert, Natur und Landschaft belastet und die finanziellen Folgen auf die Allgemeinheit abwälzt.

Genau an diesem Punkt setzt die Petition 193142 an, die am 08.01.2026 beim Deutschen Bundestag eingereicht wurde. Sie fordert eine grundlegende Reform der bestehenden Subventionspolitik des Bundes für die Errichtung von Windenergieanlagen. Im Zentrum der Kritik steht vor allem das sogenannte Referenzertragsmodell, also jenes System, das dafür sorgt, dass sich Windkraftanlagen nicht nur an wirklich geeigneten Standorten rechnen, sondern auch dort, wo der Wind von Natur aus kaum ausreicht. Dass ein solches Modell seit Jahren politisch verteidigt wird, ist bezeichnend für eine Energiewendepolitik, die sich immer weiter von wirtschaftlicher Vernunft, naturverträglicher Planung und demokratischer Ehrlichkeit entfernt hat.

Ein Fördersystem gegen jede natürliche Logik

Es gibt Wahrheiten, die so schlicht sind, dass man sich wundern muss, warum sie überhaupt noch ausgesprochen werden müssen. Eine davon lautet: Wo zu wenig Wind weht, dort ist ein Standort für Windenergie nicht geeignet. Diese Einsicht ergibt sich nicht aus Ideologie, sondern aus elementarer Vernunft. Eine Anlage, die an einem schwachwindigen Ort nur deshalb gebaut wird, weil staatliche Förderregeln sie künstlich tragfähig machen, ist kein Erfolg der Energiewende, sondern ein Beleg für ihre Fehlsteuerung.

Genau das kritisiert die Petition mit bemerkenswerter Klarheit. Das bestehende Fördersystem führt dazu, dass wirtschaftlich ungeeignete Standorte nicht aussortiert, sondern durch politische Mechanismen künstlich aufgewertet

werden. Auf dem Papier erscheinen sie rentabel, in der Realität aber nur deshalb, weil ihnen der Staat über Fördermodelle die nötige Wirtschaftlichkeit verschafft. Was also nach Investition und Zukunft klingt, ist bei näherem Hinsehen oft ein staatlich alimentiertes Konstrukt, das unter echten Marktbedingungen nie Bestand hätte.

Das Problem liegt nicht nur in einzelnen Fehlentwicklungen, sondern im Prinzip selbst. Denn wenn der Staat gezielt dort höhere Anreize setzt, wo die natürlichen Voraussetzungen schwach sind, dann wird nicht mehr nach Eignung geplant, sondern gegen sie. Der Ausbau folgt dann nicht länger dem Maßstab von Effizienz und Sinnhaftigkeit, sondern dem politischen Willen, möglichst überall Windkraft durchzusetzen – notfalls auch gegen Natur, Landschaft, Wirtschaftlichkeit und den gesunden Menschenverstand.

Das Referenzertragsmodell als politischer Trick

Das Referenzertragsmodell wird oft technisch und nüchtern beschrieben, als handele es sich um ein sachliches Instrument ohne größere gesellschaftliche Brisanz. Tatsächlich aber ist es eines der zentralen Werkzeuge, mit denen die Ausweitung der Windkraft in immer neue Regionen ermöglicht wurde. Es sorgt dafür, dass Standorte mit geringer Windhöflichkeit besonders begünstigt werden. Je schlechter also die natürlichen Bedingungen, desto stärker greift die politische Korrektur.

Allein darin liegt bereits ein bemerkenswerter Widerspruch. Was in einer vernünftigen Energiepolitik eigentlich ein Ausschlusskriterium sein müsste – nämlich mangelnder Wind –, wird im deutschen Fördersystem zum Anlass für besondere Unterstützung. Der natürliche Nachteil eines Standortes wird nicht als Grenze anerkannt, sondern durch staatliche Eingriffe kompensiert. Damit wird aus einem objektiv schwachen Standort

ein scheinbar wirtschaftlicher. Doch dieser Schein ist teuer erkaufte.

Die Kosten verschwinden ja nicht. Sie werden nur verlagert. Am Ende zahlen nicht die Projektierer den Preis für schlechte Standortentscheidungen, sondern die Allgemeinheit. Stromkunden tragen die Last über höhere Preise, Steuerzahler über staatlich flankierte Fördermechanismen, Kommunen über soziale Konflikte und Bürger vor Ort über den Verlust von Landschaft, Ruhe und gewachsener Lebensqualität. Was also als energiewirtschaftliche Modernisierung verkauft wird, ist in Wahrheit vielfach eine systematische Umverteilung von Belastungen nach unten und von Gewinnen nach oben.

Die große Lebenslüge der Energiewende

Die politische Erzählung lautet seit Jahren, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien alternativlos sei und jede neue Windkraftanlage automatisch einen Fortschritt darstelle. Genau diese vereinfachende Sichtweise hat die Debatte vergiftet. Denn sie tut so, als sei die bloße Zahl neuer Anlagen bereits ein Beweis für Erfolg. Sie fragt nicht mehr ernsthaft danach, wo gebaut wird, mit welcher Effizienz gebaut wird, zu welchem Preis gebaut wird und welche Schäden dabei entstehen.

Diese Verengung ist kein Zufall. Sie ist Teil einer politischen Strategie, die Quantität über Qualität stellt. Hauptsache, es wird gebaut. Hauptsache, die Ausbauzahlen stimmen. Hauptsache, man kann neue Genehmigungen, neue Flächen und neue Projekte vermelden. Ob ein Standort sinnvoll ist, ob die tatsächliche Stromausbeute den Eingriff rechtfertigt, ob Anwohner überfordert werden und ob Naturgüter dauerhaft geschädigt werden, tritt immer weiter in den Hintergrund.

Gerade darin liegt die große Lebenslüge dieser Politik. Denn

eine Energiewende, die sich nur durch immer tiefere Eingriffe, immer größere Subventionslasten und immer mehr politische Schönfärberei aufrechterhalten lässt, ist kein überzeugendes Zukunftsmodell. Sie lebt von der Behauptung, dass jedes Opfer notwendig sei und jede Kritik unseriös. Doch diese Behauptung verliert an Glaubwürdigkeit, je mehr Menschen erleben, wie rücksichtslos vor Ort geplant und wie selektiv über die Folgen gesprochen wird.

Wenn Bürger zahlen und andere profitieren

Der Unmut vieler Menschen entzündet sich nicht allein an den Anlagen selbst, sondern an dem Gefühl, dass hier ein System entstanden ist, in dem Verantwortlichkeiten konsequent verschoben werden. Die Gewinne liegen bei Investoren, Betreibern und Projektentwicklern. Die Lasten dagegen werden sozialisiert. Genau das ist einer der Gründe, warum die Akzeptanz der Windkraftpolitik in vielen Regionen dramatisch sinkt.

Denn die Bürger sehen sehr genau, was passiert. Sie sehen, dass ihre Stromkosten steigen. Sie sehen, dass politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Sie sehen, dass einst geschützte oder sensible Landschaftsräume zunehmend zur Verfügungsmasse einer ideologisch aufgeladenen Ausbaupolitik werden. Und sie sehen, dass ihre Einwände zwar angehört, aber immer seltener ernst genommen werden.

Besonders bitter ist dabei der moralische Ton, mit dem diese Politik oft begleitet wird. Wer sich gegen ein Projekt vor der eigenen Haustür wehrt, wird schnell als egoistisch dargestellt. Wer auf Landschaftszerstörung oder mangelnde Wirtschaftlichkeit hinweist, gilt plötzlich als Fortschrittsfeind. Wer Natur schützen will, muss sich rechtfertigen, während diejenigen, die ganze Räume

industrialisieren, sich als Bewahrer der Zukunft inszenieren. Diese Verdrehung ist nicht nur arrogant, sondern demokratisch brandgefährlich. Sie zerstört Vertrauen, weil sie berechtigte Kritik nicht widerlegt, sondern diffamiert.

Natur und Landschaft sind keine Verfügungsmasse

Für Bürgerinitiativen wie ProNatur ist die Frage der Subventionspolitik deshalb untrennbar mit dem Schutz von Natur und Landschaft verbunden. Denn Förderlogik bleibt nie abstrakt. Sie setzt sich immer in konkrete Eingriffe um. Jeder künstlich attraktiv gerechnete Standort bedeutet am Ende reale Flächeninanspruchnahme, neue Zuwegungen, Rodungen, Bodenversiegelung, technische Überformung und einen weiteren Verlust an Unberührtheit und Heimatqualität.

Gerade in windschwächeren Regionen ist dieser Widerspruch besonders deutlich. Dort ist der energetische Nutzen häufig begrenzter, während der landschaftliche Schaden umso gravierender ausfällt. Wälder, Höhenzüge, Offenlandschaften und historisch gewachsene Kulturräume werden mit Anlagen überzogen, die sich unter normalen Bedingungen nie hätten durchsetzen können. Der Staat schafft also erst durch seine Förderpolitik die Voraussetzungen dafür, dass Naturzerstörung an ungeeigneten Standorten überhaupt wirtschaftlich interessant wird.

Das ist der eigentliche Skandal. Nicht allein, dass gebaut wird, sondern dass politische Regeln die Zerstörung überhaupt erst rentabel machen. Natur und Landschaft werden so zum Kollateralschaden einer Politik, die sich selbst als ökologisch bezeichnet, obwohl sie in der Fläche oft genau das Gegenteil bewirkt. Wer den Begriff Nachhaltigkeit ernst nimmt, kann eine solche Praxis nicht verteidigen.

Die Akzeptanzkrise ist hausgemacht

Die politische Klasse beklagt gerne mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, als handle es sich um ein Kommunikationsproblem. Als müsste man den Menschen nur besser erklären, warum sie Eingriffe in ihre Umgebung hinnehmen sollen. Doch diese Sichtweise ist bequem und falsch. Die Akzeptanzkrise ist nicht das Ergebnis misslungener Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist das direkte Resultat einer Politik, die Bürgerinteressen systematisch entwertet und Kritik reflexhaft moralisch abwehrt.

Menschen verlieren nicht deshalb Vertrauen, weil sie Fortschritt grundsätzlich ablehnen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass politische Entscheidungen nicht mehr dem Gemeinwohl dienen, sondern einem dogmatischen Ausbauprogramm. Sie verlieren Vertrauen, wenn offensichtliche Widersprüche nicht benannt werden dürfen. Sie verlieren Vertrauen, wenn sie erleben, dass wirtschaftlich fragwürdige Projekte mit großem Nachdruck durchgesetzt werden, obwohl die Belastungen vor Ort enorm sind.

Die **Petition 193142** ist deshalb auch Ausdruck einer tieferen gesellschaftlichen Erschöpfung. Sie macht deutlich, dass immer mehr Bürger nicht länger bereit sind, die offizielle Erzählung widerspruchslos zu akzeptieren. Sie verlangen eine Rückkehr zu Maß, Vernunft und Verantwortlichkeit. Sie verlangen, dass politische Entscheidungen wieder auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen und nicht auf der Logik permanenter Förderung.

Eine Reform ist keine Radikalität, sondern überfällig

Es ist bemerkenswert, wie schnell in Deutschland jede grundlegende Kritik an der Windkraftförderung als radikal

etikettiert wird. Dabei ist die Forderung der Petition in Wahrheit ausgesprochen moderat. Sie verlangt nichts anderes, als dass Windenergieanlagen dort errichtet werden sollen, wo eine ausreichende Windhöffigkeit besteht und ein wirtschaftlicher Betrieb ohne dauerhafte Subventionierung möglich ist. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Denn welche andere Infrastruktur würde man ernsthaft nach dem Prinzip planen, dass fehlende Eignung einfach durch staatliche Dauerhilfe ersetzt wird? In kaum einem anderen Bereich würde man es hinnehmen, dass objektiv schwache Voraussetzungen nicht zum Ausschluss führen, sondern zum Fördervorteil werden. Genau deshalb trifft die Petition einen so empfindlichen Punkt: Sie entlarvt die Windkraftförderung als Bereich, in dem politische Zielvorgaben die Realität längst überlagert haben.

Eine Reform der Subventionspolitik ist daher kein Angriff auf Vernunft, sondern ihre Wiederherstellung. Es geht nicht darum, jede Form von Windenergie pauschal abzulehnen. Es geht darum, endlich wieder zwischen geeigneten und ungeeigneten Standorten zu unterscheiden, zwischen sinnvollen Projekten und künstlich am Leben gehaltenen Vorhaben, zwischen echter Nachhaltigkeit und teuer subventionierter Symbolpolitik.

Schluss mit der Schönfärberei !!!

Die Zeit der politischen Beschwichtigungen muss vorbei sein. Es reicht nicht mehr, immer neue Anlagen mit immer neuen Rechtfertigungen zu versehen, während die finanziellen, ökologischen und sozialen Schäden weiter wachsen. Es reicht nicht, Bürgern Opfer abzuverlangen und ihnen zugleich zu erklären, sie müssten diese Opfer als Fortschritt verstehen. Es reicht nicht, Naturzerstörung als Klimaschutz zu etikettieren und wirtschaftliche Fehlsteuerung als Erfolgsgeschichte zu verkaufen.

Die **Petition 193142** ist deshalb ein notwendiger Weckruf. Sie

erinnert daran, dass auch die Energiewende den Regeln von Vernunft, Ehrlichkeit und Verhältnismäßigkeit unterliegen muss. Ein Fördersystem, das schwachwindige Standorte künstlich attraktiv macht, ist kein Ausdruck intelligenter Politik, sondern ein Symptom politischer Selbstüberschätzung. Wer echte Nachhaltigkeit will, muss aufhören, ungeeignete Projekte mit dem Geld der Allgemeinheit künstlich zu vergolden.

Deutschland braucht keine Windkraft um jeden Preis. Deutschland braucht endlich eine ehrliche Debatte darüber, wo Windenergie sinnvoll ist, wo ihre Grenzen liegen und warum Natur, Landschaft und Bürgerinteressen nicht länger dem Zwang eines ideologisierten Ausbauprogramms geopfert werden dürfen. Genau deshalb verdient diese Petition Aufmerksamkeit, Unterstützung und öffentliche Debatte. Denn sie stellt die Frage, die längst viel zu lange verdrängt wurde: Wie viel Fehlsteuerung will sich dieses Land eigentlich noch leisten?

**BITTE JEDER DIE AKTUELLE PETITION IM
BUNDESTAG UNTERZEICHNEN:**

**WIR BRAUCHEN 30.000 UNTERSCHRIFTEN BIS
16.04.2026**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_01/_08/Petition_193142.html

„Jetzt red i“ in Atting: Viel

Meinung, wenig Substanz

Ein Kommentar der BI-Pro Natur

Wer die BR-Sendung „Jetzt red i“ aus Atting verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass zentrale Zusammenhänge nur unvollständig dargestellt wurden. Gerade bei einem Thema wie der Energiepolitik ist jedoch eine ehrliche und vollständige Betrachtung entscheidend.

Arbeitsplätze: Wachstum hier – Abbau dort

Josef Gold betonte, die Erneuerbaren hätten in den letzten drei Jahren 100.000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahl steht erstmal im Raum – doch sie beschreibt nur einen Ausschnitt der Realität.

Gleichzeitig verliert die deutsche Industrie massiv an Substanz. Schätzungen zufolge sind 2025 hier rund 124.000 Arbeitsplätze weggefallen, insbesondere im Automobil- und Metallsektor. Diese Entwicklung bleibt in der Erfolgserzählung unerwähnt.

Wer ausschließlich den Zuwachs in einer stark staatlich geförderten Branche hervorhebt, während energieintensive Kernindustrien unter Kostendruck geraten oder Standorte verlagern, zeichnet ein unvollständiges Bild. Es entsteht der Eindruck, dass Daten selektiv präsentiert werden – so, dass sie die eigene Argumentation stützen, während strukturelle Gegenentwicklungen ausgeblendet bleiben.

Eine seriöse Debatte müsste beide Seiten der Medaille beleuchten: die neu entstehenden Arbeitsplätze ebenso wie die

Verluste in traditionellen Industriezweigen – und vor allem die Frage, ob hier eine nachhaltige Wertschöpfung entsteht oder lediglich eine Verschiebung unter veränderten Rahmenbedingungen.

Strompreise: Gesunken – aber warum?

Es wurde von Gold auch betont, Deutschland habe nicht mehr die höchsten Strompreise Europas und inzwischen lägen zehn andere Länder darüber.

Was dabei kaum Erwähnung fand: Die EEG-Umlage, die über Jahre maßgeblich zur Höhe der Strompreise beitrug, wird heute nicht mehr über die Stromrechnung, sondern aus Steuermitteln finanziert. Die Belastung verschwindet damit nicht – sie wird lediglich anders verteilt.

Gleichzeitig sind andere Länder durch CO₂-Bepreisung ihrer Kohlekraftwerke zusätzlich belastet. Eine im politischen Rahmen veränderte Preisstruktur in Europa als nationalen Erfolg darzustellen, greift daher zu kurz.

Auch hier zeigt sich ein Muster: Einzelne Kennzahlen werden hervorgehoben, während systemische Zusammenhänge – Finanzierung, Umlagen, Netzstabilisierung – nur am Rande vorkommen. Das Ergebnis ist eine halbe Wahrheit, die sich gut präsentieren lässt, aber nicht das vollständige Bild abbildet.

Der Preis der Versorgungssicherheit

Wind- und Solarstrom sind in der Erzeugung günstig – doch sie liefern nicht kontinuierlich. Deshalb braucht es Backup-Kraftwerke, Netzausbau und Speicherlösungen.

Zur Stabilisierung der Netzentgelte werden für 2026 staatliche Mittel in Höhe von 6,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Ohne diese Zuschüsse würden die Netzkosten deutlich steigen. Der Strom mag an der Quelle preiswert sein – die Systemkosten sind es nicht.

Eine ehrliche Kostenbilanz müsste Erzeugung, Netzausbau, Reservekapazitäten und staatliche Zuschüsse gemeinsam betrachten.

Vom Waldschützer zum Ausbau-Beschleuniger?

Besonders auffällig war die veränderte Tonlage bei Hubert Aiwanger. Noch vor wenigen Jahren stand er öffentlich für den Schutz bayerischer Wälder und verteidigte die 10H-Regelung als Schutzinstrument für Mensch und Natur. Heute tritt er als Befürworter eines beschleunigten Ausbaus auf – auch in sensiblen Waldregionen.

Politische Positionen dürfen sich ändern. Doch eine solche Kursverschiebung wirft Fragen auf. Was hat sich in der Bewertung grundlegend verändert? Welche neuen Erkenntnisse rechtfertigen eine Abkehr von früher vertretenen Grundsätzen? Und weshalb wird der Ausbau nun als alternativlos dargestellt, wo zuvor Zurückhaltung gefordert wurde?

Wer politische Verantwortung trägt, sollte Richtungswechsel nachvollziehbar begründen. Gerade beim Thema Waldschutz erwarten viele Bürgerinnen und Bürger Kontinuität – oder zumindest eine transparente Erklärung für den Wandel.

Verschobene Maßstäbe – vom Kompromiss zur Ausweitung

Die Entwicklung bei den Kolleginnen und Kollegen der EjUn verdeutlicht, wie sich Debatten im Laufe der Zeit verschieben können – ohne dass dies hier bewertet werden soll.

Zu Beginn der Diskussion wurden zwei bis drei Windräder als „vertretbarer Kompromiss“ bezeichnet. Inzwischen ist in öffentlichen Aussagen von rund zehn Anlagen die Rede, die man mittragen wolle. Diese Veränderung wirft Fragen auf: Wenn anfangs wenige Anlagen als obere Grenze definiert wurden, wie kommt es zu einer derart deutlichen Ausweitung innerhalb relativ kurzer Zeit?

Es entsteht der Eindruck, dass durch zunehmende Kompromissbereitschaft versucht wird, Einfluss zu behalten oder als konstruktiver Gesprächspartner wahrgenommen zu werden. Doch erfahrungsgemäß führt diese Strategie selten dazu, dass Ausbaupläne tatsächlich kleiner werden. Häufig verschiebt sich vielmehr der Ausgangspunkt der Debatte – und mit ihm die Akzeptanzgrenze.

Genau hier liegt das Problem: Wer einmal signalisiert, dass eine bestimmte Zahl „vertretbar“ sei, öffnet die Tür für weitere Forderungen. Aus drei werden fünf, aus fünf werden zehn. Die Diskussion verlagert sich Schritt für Schritt – ohne dass die grundlegende Frage neu gestellt wird.

Wir haben uns bewusst für einen anderen Weg entschieden. Unsere Position ist klar und bleibt klar: In unseren windschwachen Regionen stehen Nutzen und Eingriff in keinem angemessenen Verhältnis. Deshalb halten wir weder drei noch zehn Anlagen für sinnvoll.

Standhaftigkeit mag weniger kompromissbereit wirken – sie schafft jedoch Transparenz und Verlässlichkeit. Und genau das erwarten wir auch in dieser Debatte.

Schlusswort

Die Energiewende braucht Transparenz, belastbare Zahlen und eine vollständige Betrachtung aller Kosten und Folgen. Was sie nicht braucht, sind selektive Darstellungen oder politisch motivierte Verkürzungen.

Wir bleiben bei unserer Linie – sachlich, kritisch und unabhängig.

Eure BI-Pro Natur



Die Moderatoren Tilmann Schöberl (Bildmitte) und Franziska Eder (am Laptop) mit Hubert Aiwanger und Katharina Dröge in Atting

Foto: Patrick Fuchs

Jetzt red't Atting

Ist die Energiewende Fluch, Segen – oder beides in einem für die Wirtschaft? Diese Frage wurde bei „Jetzt red i“ diskutiert. Zwischen Windrädern, PV-Anlagen und „Unsinn“.

Straubing-Bogen. Vor 40 Jahren sagten die Leute noch: „Ihr spinn't doch“, als Josef Gold begann, mit erneuerbaren Energien sein Geschäft zu machen. Nun ist nicht nur sein Betrieb auf über 50 Mitarbeiter gewachsen – und hat sich als Erfolgsgeschichte herausgestellt, sondern auch die Erneuerbaren haben einen weiten Weg hinter sich. Aus der Nische hin zum Zukunftsmodell der Stromversorgung. Doch nicht überall stößt die damit einhergehende Energiewende auf Jubelschreie. Einige sehen darin auch eine ideologisch getriebene Selbstsabotage der Wirtschaft. Was davon stimmt denn nun? Das wurde in Atting heiß diskutiert.

Der Bayerische Rundfunk veranstaltete im Attinger Bürgerhaus sein beliebtes Bürgerdialogformat „jetzt red i“. Unter der zentralen Frage: „Zoff um Energiewende – Bremsen zu viel Klimaschutz die Wirtschaft aus?“ diskutierten der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger und die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katharina Dröge, untereinander und mit den Menschen aus dem Landkreis.

„Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“

„Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“, richtete Josef Gold an den Wirtschaftsminister. Er kritisierte das Vorhaben Aiwangers, die bayerische Klimaneutralität nach 2050 zu verschieben, damit schade man nämlich nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn er sehe in der Energiewende keine Wirtschaftsbremse, vielmehr einen Job-Motor. Es seien dank der erneuerbaren Energie in den vergangenen drei Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Außerdem sei der Strompreis in den vergangenen zehn Jahren wegen des Ausbaus von Grünstromanlagen drastisch gesunken. „Vor zehn Jahren hatten wir den teuersten Strom Europas. Jetzt sind zehn andere Länder hinter uns“, sagt Gold und fügt an, dass das überwiegend die Ostblockländer seien, die nicht auf den Ausbau der Erneuerbaren setzen.

„Das ist ja schön, wenn der, der



Josef Gold und der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger diskutierten auch nach der Liveübertragung noch angeregt.

Photovoltaik- und Windkraftanlagen verkauft, auch daran verdient“, entgegnet Aiwanger Golds Ausführungen. Er sei für den Ausbau der Erneuerbaren, jedoch mit Maß. Man müsse auch auf die energieintensiven Industrien wie Automobil und Chemie schauen. Dort sei man im Wettkampf mit der ganzen Welt und brauche billigen, verfügbaren Strom, um wettbewerbsfähig zu bleiben. „Nur mit Erneuerbaren wird's auf die Schnelle nicht gehen“, so Aiwanger.

Ein falscher Widerspruch, wie die Grüne Dröge findet. Man könne nicht sagen, man finde die Energiewende wichtig – und „alles daran setzen, die Energiewende auszu-bremsen“, richtete sie an die bayerische Landesregierung. „Unsinn! Unsinn! Unsinn!“, quitierte Aiwanger die Vorwürfe der Grünen. Denn genau durch erneuerbare

Energien erreiche man laut Dröge langfristig wettbewerbsfähige Strompreise. „Sie sind die günstigste Form, Strom zu erzeugen“, argumentiert Dröge. Deshalb sei es „wahnsinnig“, nun wieder auf Gas zu setzen. Besonders das aus Donald Trumps Amerika.

Windräder im Labertal sorgen für Gesprächsstoff

Das will Aiwanger aber nicht auf sich sitzen lassen. „Kein bayerischer Minister hat so viel für den Ausbau von Solar- und Windkraft getan wie ich“, wollte er klarstellen. Im Gegenteil kämen die Leute schon auf ihn zu und würden ihn angreifen, er würde sich zu sehr für Windräder einsetzen. Ein Thema, das auch in Laberweinting hochkochte. Dort fürchtet die Bürgerinitiative Ejun eine Umzingelung.

Drei Investoren wollen dort 19 Windräder bauen. Simon Berleb, als Sprecher der Initiative, war ebenfalls vor Ort. Ihm gebe es nicht darum, Windkraft grundsätzlich zu verhindern. Zehn Räder wären für ihn und seine Mitstreiter in Ordnung. Allerdings mahnte er, die Windkraftwerke würden so ungerecht in Bayern verteilt werden. „So schafft man keine Akzeptanz“, sagt Berleb.

Aiwanger seien ähnliche Beispiele bekannt. Er appellierte an die Investoren, „vielleicht ein paar weniger zu bauen“ und Fingerspitzengefühl zu beweisen. Dröge kritisierte hingegen die bayerische Landesregierung. Im Saarland beispielsweise habe die Regierung dafür gesorgt, einen Rahmen zu schaffen, die Windkraft gerecht zu verteilen. „Die haben die Planung vorangebracht – anders als Bayern.“ -pat-

Zum Tag

Nur vielsagend
Rednern genügt
wenige Worte.

Wid

Bauernweisheit: Weibruar die Mücken g müssen sie im März gen.

Der Tipp: Glas win klar, wenn man es; menscheiben reinig

Küchenzettel: Apf schen mit Vanilles

Kalender

20. Februar

8. Kalenderwoche, 5. rez; 214 Tage bis zu Sternsichen: Fische Namenstag: Falco, 8. Fast vergessen: Datz stock)

Weltgeschichte: 1884 dui der Raumstat von der Sowjetun umlaufbahn, gese Karl Arnold (CD) sident von Bode seit 1947; wird d trauenavotum ge Fritz Steinhoff (1946: Eine Kohl tötet auf der Ze IV im westfälis 408 Menschen. werden lebend

Geburtstage: 196

(60), amerikani Schauspielerin

(60), Schweizer

1951: Gordon B scher Politiker,

2007-2010. 194

(79), emer der I

zuerfolg „Alle dem Deutsche

zeichnet. 1941

land (85), deut

renvorsitzendi

Todestage: 2011

mann, deutsc

Fernsehprodu

Laber

Verlag und Druckerei
Kunradstr. 3
94115 Straubing
Telefon 940-43 90, Fax
940-43 91, Internet
www.laber-jetzt

Verleger u. Herausgeber:

Chemikalien:

Lehrer, Markus P

Gesamtleitung:

Miriam Graf (Tel

Verantwortlich für

Markus, Lehrkräfte

Wirtschaft, Yvone

Malen, Ralf Lipp-

regional, Maria

Sandra Venus, Fi

ton und Unter

Verlagsgesell:

Kunz, Sven Lab

Gesamt-Anzeig

gleiche Anzeig

Geschäftsstelle

platz 20, Telefo

Kostenburg/L.,

200994-0, Fax

09451/949395

Bezugspreis: 20

(inkl. gesetzlic

gebühren), bei

setzlicher Abk

bühren.

Abonnements:

nur zum Mo

gendigt we

Abonnement

Abservice: 1

Erschein an

Anzeigensatz:

bis Freitag, 1

Samstagsan

ausgabe Frei

Umsatzang

von uns nicht

Bei Störung

Entzansp

**Wir stehen ein für unsere
Heimat! Sei dabei!**

**DEMO GEGEN DEN
WINDRADWAHNSINN
IN BAYERN**

SÖDER KOMMT NACH GEISELHÖRING!



SAVE THE DATE

SAMSTAG, 28.2.2026

START 17:45 UHR

WO: GEISELHÖRINGER HOF

(Straubinger Strasse 5, 94333 Geiselhöring)

**GEGEN WINDINDUSTRIE IM WALD!
UNSERE HEIMAT SCHÜTZEN!**

Weitere Infos unter: www.buergerinitiative-pronatur.de

Sei dabei und unterstütze uns am 28. Februar in Geiselhöring im Kampf gegen die Windparks. Wir als Bürgerinitiative stehen für den Schutz unserer Wälder und unserer Heimat! Wir wollen keine Windräder in unseren Naherholungsgebieten. Jeder ist herzlich eingeladen, friedlich gegen dieses Vorhaben in Geiselhöring, zu demonstrieren.

Horst Herman: Profit über alles – Natur und Menschen bleiben auf der Strecke



⚠ Profil nicht beansprucht

V-Markt

Bewertungen 63 .  1,7 

 Bewertung abgeben

Zur Website 



Unternehmen auf Trustpilot können keine Belohnungen anbieten oder Geld bezahlen, um verbergen.

Horst Herman, Unternehmer und Betreiber der umstrittenen V-Märkte, sorgt in Geiselhöring für massiven Unmut. Der Mann, dessen Einzelhandelsketten laut Kundenbewertungen seit Jahren in der Kritik stehen, plant, neun Windkraftanlagen mitten in einem ökologisch wertvollen Wald zu errichten. Während Herman selbst fernab in Mauerstetten lebt, sollen die Menschen vor

Ort mit den Auswirkungen seines Großprojekts leben.

Er war bislang nicht ein einziges Mal bei den Anwohnern vor Ort – keine Bürgerversammlung, kein Dialog, kein Interesse am Austausch. Was sich hier abzeichnet, empfinden viele als klassischen Fall von Gewinnstreben ohne Rücksicht auf Natur, Anwohner oder demokratische Mitbestimmung.

Windräder im Schwachwindgebiet – Subventionen statt Strom

Die geplanten Anlagen sollen ausgerechnet in einem ausgewiesenen Schwachwindgebiet entstehen – wirtschaftlich grenzwertig, ökologisch fragwürdig. Doch für Investoren wie Herman kann sich das lohnen: Über das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) erhalten Windkraftbetreiber **höhere Einspeisevergütungen** in Regionen mit wenig Wind – als sogenannte „Ausgleichsentlastung“.

So entsteht der Eindruck, dass hier weniger Windenergie erzeugt als vielmehr Windkraft zur Geschäftsoptimierung genutzt wird. Bei einem angenommenen Ertrag von unter 60 Prozent des bayrischen Durchschnitts und etwa 20 Jahren Betriebszeit können dabei **staatlich garantierte Einnahmen in Millionenhöhe** generiert werden – ganz unabhängig von der tatsächlichen Windleistung.

Vom Naturraum zur Industriefläche

Der Wald, den Herman erworben hat, ist bislang ein Rückzugsort für Mensch und Tier. Er ist Lebensraum für zahlreiche Tierarten, Brutstätte für Vögel und ein beliebtes Naherholungsgebiet. Doch statt diesen Raum zu schützen, soll er nun weichen – für eine Industrialisierung mit tonnenschweren Fundamenten, kilometerlangen Wegen und bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das ein schwer

nachvollziehbarer Eingriff in ein intaktes Ökosystem – unter dem Deckmantel der Energiewende, aber mit klarem wirtschaftlichem Eigeninteresse.

Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige

Aus Sicht zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner wurde die Öffentlichkeit zu spät und nur unzureichend informiert. Kritiker sprechen davon, dass wesentliche Entscheidungen bereits getroffen waren, bevor die Bevölkerung überhaupt einbezogen wurde.

„Erst als alles beschlossen war, hat man uns gesagt, was hier wirklich geplant ist.“

Die wenigen Informationsveranstaltungen, die stattfanden, wurden von vielen als unzureichend wahrgenommen – Fragen seien nur unvollständig beantwortet worden, Kritik schnell abgewehrt worden. Der Eindruck: Hier werden Fakten geschaffen – und die Menschen vor Ort müssen sich damit abfinden.

V-Märkte: Ein Blick auf die Vergangenheit

Ein Blick auf Hermans bisherige unternehmerische Tätigkeit wirft Fragen auf. Seine Supermarktkette „V-Markt“ wird auf Portalen wie Trustpilot und Trustedshops auffallend schlecht bewertet. Kritisiert werden unter anderem die Produktqualität, der Kundenservice und organisatorische Mängel. Auch ehemalige Mitarbeitende melden sich auf Plattformen wie Kununu zu Wort und berichten von problematischen Arbeitsbedingungen.

Die Frage drängt sich auf: Sollte jemand, der bereits in einem überschaubaren Bereich wie dem Einzelhandel erhebliche Kritik auf sich zieht, wirklich ein komplexes Windkraftprojekt in einem sensiblen Naturraum verantworten?

Energiewende als Geschäftsmodell

Natürlich brauchen wir erneuerbare Energien – darüber herrscht weitgehend Konsens. Doch wenn Klimaschutz dazu führt, dass Wälder gerodet, Tiere verdrängt und Menschen belastet werden, stellt sich die Frage: Dient dieses Projekt wirklich dem Gemeinwohl – oder vor allem den wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren?

„Es geht hier nicht um Nachhaltigkeit, sondern um Rendite. Der Klimaschutz wird vorgeschoben – auf Kosten der Natur.“

Hinzu kommt die wirtschaftliche Belastung für die Anwohner: Windkraftanlagen in Wohnortnähe senken nachweislich den Immobilienwert.

Laut dem [Bayerischen Energieatlas](#) können Einbußen beim Verkaufswert von bis zu **23 Prozent** die Folge sein – je nach Entfernung zur Anlage.

Wo bleibt die Kontrolle durch Politik und Behörden?

Besonders besorgniserregend: Die politische Kontrolle scheint auszubleiben. Bisher sind kaum kritische Stimmen aus der Lokalpolitik zu hören. Umweltbehörden halten sich zurück. Für viele Bürger entsteht der Eindruck, dass hier wirtschaftliche Interessen stillschweigend über die Bedürfnisse der Bevölkerung und den Schutz der Natur gestellt werden.

Bürgerprotest als letzte Instanz

In Geiselhöring formiert sich nun Widerstand. Bürgerinitiativen entstehen, Petitionen werden vorbereitet, Protestaktionen sind in Planung.

„Wir kämpfen nicht gegen Windkraft – sondern gegen ein Projekt, das in seiner Ausgestaltung und Standortwahl völlig

unverhältnismäßig ist.“

Der Protest richtet sich nicht gegen den Fortschritt, sondern gegen die Art und Weise, wie er durchgesetzt wird.

Fazit: Rücksichtslosigkeit im grünen Gewand

Das Projekt in Geiselhöring zeigt beispielhaft, wie die Energiewende missbraucht werden kann – nicht als Instrument des Umweltschutzes, sondern als Geschäftsmodell. Horst Herman steht dabei sinnbildlich für eine Unternehmenskultur, in der Rendite oft Vorrang vor sozialer Verantwortung und ökologischem Bewusstsein hat.

Die Menschen in Geiselhöring aber sind entschlossen, sich zu wehren.

Denn eines ist klar: **Klimaschutz darf nicht zur Ausrede werden, um unternehmerische Interessen auf Kosten von Mensch und Natur durchzusetzen.**

Millionengrab im Bayerischen Wäldern: Wie der Mega-Windpark Natur und Steuerzahler ruiniert



Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze

Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO₂-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

Beton, Kosten, Folgeschäden

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für

Generationen.

Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abgeregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

Wald-Windkraft ist politisch umstritten

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich

werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

Lokaler Widerstand formiert sich

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– **Simon Berleb** von der [Bürgerinitiative EJU](#)

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– **Martin Promesberger** von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

Die nackten Zahlen am Ende:

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

Schlusswort & Handlungsaufruf

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

Quellen & Belege

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ($\approx 0,5$ ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich

Gefährdete Greifvögel im Visier: Rotmilan-Vorkommen im geplanten Windkraftgebiet bei

Pramersbuch entdeckt



Mitten im Herzen der niederbayerischen Kulturlandschaft spitzt sich ein grundlegender Zielkonflikt zwischen der dringend benötigten Energiewende und dem Schutz bedrohter Arten zu. Im Gebiet rund um Pramersbuch, wo die Errichtung mehrerer moderner Windkraftanlagen geplant ist, wurden in den vergangenen Wochen wiederholt Rotmilane (*Milvus milvus*) gesichtet – eine in Deutschland streng geschützte Greifvogelart, die als besonders windkraftsensibel gilt.

Die geplanten Windenergieanlagen, die jeweils eine Leistung von 7,2 Megawatt und eine Gesamthöhe von 261 Metern erreichen sollen, sind Teil eines groß angelegten Projekts zur Förderung erneuerbarer Energien in der Region Mengkofen. Ziel ist es, klimafreundlichen Strom für mehr als 33.000 Haushalte zu erzeugen und die lokale Wertschöpfung zu stärken. Doch der Schutz der Artenvielfalt stellt die Planer vor erhebliche Herausforderungen.

Rotmilan: Ein Symbol für Bayerns Artenvielfalt

Der Rotmilan ist nicht nur ein faszinierender Greifvogel, sondern auch ein Symbol für die biologische Vielfalt Bayerns. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Art, da hier etwa die Hälfte des weltweiten Bestands brütet. Rotmilane sind auf strukturreiche Kulturlandschaften angewiesen, in denen sie ausreichend Nahrung und geeignete Brutplätze finden. Gerade diese Lebensräume sind jedoch zunehmend durch Infrastrukturprojekte wie Windkraftanlagen bedroht.

Präzise Nachweise durch engagierte Bürgerinnen und Bürger

In den letzten Wochen haben aufmerksame Anwohnerinnen und Anwohner mehrfach Rotmilane beim Jagen, Kreisen und Ruhen beobachtet. Die Beobachtungen wurden sorgfältig dokumentiert: Viele hochauflösende Fotos teilweise mit GPS-Koordinaten, Datum und Uhrzeit belegen eindeutig, dass sich die Tiere regelmäßig im betroffenen Areal aufhalten – und zwar nicht zufällig, sondern mit territorialem Bezug. Die Sichtungen deuten auf mehrere ortsansässige Paare hin.

Die Bürgerinitiative hat die Nachweise systematisch gesammelt und in Beobachtungsprotokollen festgehalten. Mehrere Personen haben die Aktivitäten der Rotmilane unabhängig voneinander bestätigt. „Die Tiere fliegen regelmäßig über die geplanten Standorte hinweg – teils genau auf Höhe der späteren Rotorblätter. Das ist ein klares Alarmzeichen“, erklärt Bürgerinitiative Pronatur. „Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Windkraft aus – aber nicht an Orten, wo sie streng geschützte Arten gefährdet.“

Gesetzliche Lage: Artenschutz als verbindliches Leitprinzip

Die rechtliche Situation ist eindeutig: Nach dem Bundesnaturschutzgesetz und dem europäischen Naturschutzrecht dürfen Windkraftanlagen nicht in Gebieten errichtet werden, in denen windkraftsensible Arten wie der Rotmilan regelmäßig

vorkommen. Das sogenannte „Helgoländer Papier“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten empfiehlt einen Mindestabstand von 1.000 bis 1.500 Metern zu einem Horst. Darüber hinaus ist das gesamte Umfeld – insbesondere in einem Radius von bis zu 3.000 Metern – auf bedeutende Jagdhabitats zu prüfen. Wird eine erhebliche Kollisionsgefahr festgestellt, ist das Vorhaben in der Regel nicht genehmigungsfähig.

In Bayern wurden bereits zahlreiche Windkraftprojekte aufgrund nachgewiesener Rotmilan-Vorkommen untersagt oder gestoppt. Auch technisch gesteuerte Abschaltzeiten gelten aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht als ausreichend, sofern das Kollisionsrisiko insgesamt als erheblich eingestuft wird.

Energiewende und Naturschutz: Ein Balanceakt

Die Energiewende ist ein zentrales gesellschaftliches Ziel, das auch in der Region Mengkofen mit Nachdruck verfolgt wird. Die geplanten Windkraftanlagen sollen einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen leisten. Doch der Schutz bedrohter Arten wie des Rotmilans darf dabei nicht ins Hintertreffen geraten. Der Naturschutzbund (NABU) und andere Umweltverbände mahnen, dass die gesetzlichen Vorgaben konsequent eingehalten werden müssen und Ausnahmen nur in eng begrenzten Fällen zulässig sind.

Forderungen der Bürgerinitiative: Planungsstopp, Transparenz und unabhängige Gutachten

Angesichts der dokumentierten Rotmilan-Aktivitäten fordert die Bürgerinitiative einen sofortigen Stopp der aktuellen Windkraftplanungen im Gebiet Pramersbuch. Es sei unerlässlich, zunächst ein unabhängiges, fachlich fundiertes Artenschutzgutachten in Auftrag zu geben, das die Situation vor Ort objektiv bewertet. Nur so könne sichergestellt werden, dass die streng geschützten Greifvögel nicht durch den Bau und

Betrieb der Anlagen gefährdet werden.

Darüber hinaus setzt sich die Initiative für eine transparente Beteiligung der Öffentlichkeit im gesamten Planungsverfahren ein. Sämtliche gesetzlichen Vorgaben im Bereich Arten- und Naturschutz müssten konsequent eingehalten werden – ohne Abstriche und ohne voreilige Ausnahmen.

„Artenschutz ist kein Luxus, sondern ein gesetzlich verankertes Grundprinzip. Die Energiewende muss im Einklang mit dem Naturschutz stehen – nicht auf Kosten unserer letzten Greifvögel“, betont die Bürgerinitiative Pronatur.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob es gelingt, einen tragfähigen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Artenschutz zu finden – oder ob der Rotmilan zum Symbol eines ungelösten Zielkonflikts in der bayerischen Energiewende wird.

Leserbriefe



Wie versprochen, veröffentlichen wir hier die eingegangenen Leserbriefe:

Nach unseren letzten Beiträgen haben uns zahlreiche Rückmeldungen erreicht – per E-Mail, über soziale Medien und sogar handgeschrieben per Post. Es zeigt sich einmal mehr: Das Thema bewegt die Menschen, regt zum Nachdenken an und sorgt für angeregte Diskussionen. Genau das war unser Ziel.

Ob zustimmend, kritisch oder nachdenklich – Ihre Meinungen sind für uns ein wertvoller Kompass. Sie spiegeln wider, was unsere Leserinnen und Leser denken, fühlen und fordern. Deshalb möchten wir auch nicht nur berichten, sondern Raum für den Dialog schaffen.

An dieser Stelle geben wir Ihnen das Wort – ungefiltert, ehrlich und vielfältig. Denn Ihre Stimmen gehören genauso zur Debatte wie unsere Recherchen.

Leserbrief #1

Ich möchte mich zu eurer Kritik am Bau der Windkraftanlagen und eurem Argument der Rodung von 1,2 Hektar Wald äußern, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt – als jemand, der den Wald liebt und der gleichzeitig Klimaschutz für dringend nötig hält.

Mir fällt auf, wie oft in der Diskussion gesagt wird, dass durch Windkraft „unwiederbringlich“ Wald zerstört wird. Das klingt erst mal dramatisch, aber wenn ich genauer hinschaue, stimmt das so pauschal einfach nicht. Die Flächen, die für Windräder gerodet werden, werden meist an anderer Stelle wieder aufgeforstet oder durch ökologische Maßnahmen ausgeglichen. Das wird leider oft gar nicht erwähnt.

Außerdem ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zu anderen Energieformen wirklich gering. Für eine Windkraftanlage braucht man nur einen kleinen Teil des Waldes, meist für Wege und das Fundament. Der Großteil bleibt stehen oder wird später sogar wieder in einen natürlichen Zustand gebracht. Und die Standorte sind meistens so gewählt, dass keine alten, wertvollen Waldbestände betroffen sind, sondern Flächen, die sowieso schon forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass das Argument, hier würde einfach „Natur zerstört“, den eigentlichen Zusammenhang übersieht: Unsere Wälder werden durch den Klimawandel – durch Trockenheit, Stürme und Schädlinge – viel mehr bedroht als durch einzelne Windkraftanlagen. Wenn wir wirklich etwas für den Erhalt des Waldes tun wollen, dann brauchen wir die Energiewende – und Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Mir ist bewusst, dass der Eingriff in die Natur immer gut überlegt sein muss. Aber mit Ausgleichsmaßnahmen und einer klugen Planung lohnt sich der Schritt. Ganz ehrlich: Die Rodung von 1,2 Hektar ist im Verhältnis zum Nutzen für den

Klimaschutz und die Zukunft unserer Wälder ein vertretbarer Preis.

Ich wünsche mir, dass wir diese Diskussion weniger emotional und dafür sachlicher führen. Für mich ist klar: Die Energiewende und der Schutz des Waldes gehen zusammen, wenn wir es richtig machen.

Jasmin Walter

Leserbrief #2

Mit großer Zustimmung habe ich Ihre Ausführungen zur Zerstörung unseres Waldbodens gelesen – und ich möchte Ihnen beipflichten: Was sich manche Waldbesitzer erlauben, ist schlichtweg unverantwortlich.

Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass ein einziger Zentimeter Waldboden bis zu 100 Jahre benötigt, um zu entstehen. Und doch wird dieser wertvolle Lebensraum rücksichtslos von schweren Maschinen zerfahren, planiert und geschändet – als wäre er beliebig ersetzbar.

Wer so mit unserem natürlichen Erbe umgeht, handelt nicht nur kurzfristig, sondern zerstört aktiv die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Solches Handeln darf nicht länger als „wirtschaftliche Nutzung“ verharmlost werden. Es ist ein Angriff auf das Ökosystem, auf die Artenvielfalt – und letztlich auf uns alle.

Ich danke der Bürgerinitiative Pronatur für ihren unermüdlichen Einsatz und fordere: Schluss mit der industriellen Vergewaltigung unserer Wälder! Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort bleiben.

Nina Mayer

Leserbrief #3

Wenn wir uns zu Recht gegen die Industrialisierung unserer Landschaft wehren, dann sollten wir auch den Mut haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Jedes Mal, wenn ich sehe, wie sich Menschen empört über „Vogelschredder“ aufregen, nur um sich in der Pause ihr Wurstbrot aus Massentierhaltung schmecken zu lassen, frage ich mich: Wie glaubwürdig sind wir eigentlich?

Die traurige Realität ist, dass wir uns mit unserer selektiven Empörung selbst belügen. Während wir gegen Windräder kämpfen, die für Vögel und Wildtiere gefährlich sind, finanzieren wir mit unserem täglichen Konsum eine Agrarindustrie, die systematisch Lebensräume zerstört und millionenfaches Tierleid verursacht. Für Weiden und Futtermittelanbau werden Wälder gerodet, Böden vergiftet und Artenvielfalt vernichtet – alles für Schnitzel und Wurst, die am Ende ohnehin im Müll landen. Und dann wundern wir uns, warum die Insekten verschwinden und die Vögel verstummen?

Es ist an der Zeit, diese Doppelmoral zu beenden. Wer wirklich Naturschutz will, darf nicht nur gegen Windräder sein, sondern muss auch seinen eigenen Lebensstil hinterfragen. Die größte Bedrohung für unsere Tierwelt kommt nicht nur von Rotoren, sondern von einer Landwirtschaft, die Natur zur Ware macht und Tiere zu Produktionsgütern degradiert. Jedes Mal, wenn wir billiges Fleisch kaufen, machen wir uns mitschuldig an diesem System.

Ich verlange von dieser Bewegung, endlich konsequent zu sein. Entweder wir nehmen den Schutz von Tieren und Lebensräumen ernst – dann aber bitte ganzheitlich und ohne Ausreden. Oder wir geben offen zu, dass es uns in Wahrheit nur um unser eigenes Wohlbefinden geht, nicht um die Natur.

Nicole Bauer

(Veganerin und Umweltaktivistin und Windradgegnerin)

Leserbrief #4

Es wird höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft wieder klar machen, wie sensibel unser ökologisches Gleichgewicht ist – und welchen Einfluss der Mensch auf elementare Prozesse wie den Sauerstoffkreislauf hat.

Unsere Atmosphäre besteht zu etwa **21 % aus Sauerstoff**, doch dieser Anteil ist nicht selbstverständlich. Er wird zu einem Großteil durch Wälder, Moore, Algen und andere Pflanzen permanent neu produziert. Gleichzeitig steigt der **CO₂-Anteil**, nicht zuletzt durch menschliches Handeln: Verkehr, Industrie, Massentierhaltung und die rücksichtslose Abholzung von Wäldern treiben die Emissionen kontinuierlich in die Höhe.

Allein im Jahr 2023 hat die Menschheit rund **36 Milliarden Tonnen CO₂** freigesetzt – eine erschreckende Zahl, die uns nicht kaltlassen darf. CO₂ macht aktuell „nur“ etwa **0,04 % der Atmosphäre** aus, doch dieser geringe Anteil reicht schon, um das Klima spürbar aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wenn wir Wälder zerstören, vernichten wir nicht nur die „grüne Lunge“ unseres Planeten, sondern beschleunigen eine Spirale, die wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Jeder Hektar, der verloren geht, verschlechtert die Sauerstoffproduktion und erhöht die CO₂-Konzentration – mit langfristigen Folgen für Gesundheit, Klima und Artenvielfalt.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit und wünsche mir, dass mehr Menschen begreifen: Der Wald ist

kein Wirtschaftsgut – er ist Lebensgrundlage.

Thomas Berger

**Bürgerinitiative ProNatur
ruft zur Teilnahme auf:
Entscheidung über
Windvorrangflächen steht
bevor**

RETTET UNSER NIEDERBAYERN

**Wichtiges Datum?
10.07.2025 – 9.00Uhr**

Warum?

Planungsausschuss entscheidet über Windvorrangflächen

Wo?

Landratsamt Straubing–Bogen

öffentliche Sitzung

Mehr Infos?

www.buergerinitiative-pronatur.de



**WHATSAPP GRUPPE
FÜR INFOS**

Impressum & Kontakt:

www.buergerinitiative-pronatur.de/Impressum

kontakt@buergerinitiative-pronatur.de – Verantwortlich gemäß §55 Abs. 2 RStV: siehe Impressum auf der Webseite

Am Donnerstag, den 10. Juli 2025, um 9:00 Uhr, kommt der

Planungsausschuss des Landkreises Straubing-Bogen zu einer richtungsweisenden Sitzung im Landratsamt Straubing zusammen. Im Mittelpunkt steht ein Thema, das in den letzten Monaten für hitzige Debatten und wachsenden Unmut in der Bevölkerung gesorgt hat: die Festlegung von Windvorrangflächen im Landkreis.

Die Sitzung könnte endgültig über die Flächen entscheiden, auf denen künftig Windkraftanlagen errichtet werden dürfen – ein Schritt, der aus Sicht der Bürgerinitiative ProNatur tiefgreifende Folgen für Landschaft, Natur und Lebensqualität im ländlichen Raum hätte. Aus diesem Grund ruft die Initiative alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auf, zahlreich an der Sitzung teilzunehmen, um ein klares Zeichen gegen den Bau von Windrädern im Landkreis zu setzen.

„Wir sind nicht gegen erneuerbare Energien – aber wir sind gegen eine ideologisch getriebene Windkraftplanung, die ohne Rücksicht auf Mensch, Natur und Heimat durchgedrückt werden soll“, erklärt ein Sprecher von ProNatur. „Es geht um den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft, um Artenschutz, um den Schutz vor gesundheitlichen Risiken durch Infraschall und um die Frage, ob Bürgerinteressen überhaupt noch Gehör finden.“

Entscheidung hinter verschlossenen Türen?

Viele Mitglieder der Bürgerinitiative kritisieren, dass die Planung weitgehend ohne transparente Bürgerbeteiligung erfolgt sei. Zahlreiche Eingaben, Einwände und kritische Stimmen aus der Bevölkerung seien zwar entgegengenommen, aber bislang nicht ernsthaft berücksichtigt worden.

Auch rechtliche und ökologische Bedenken – etwa der Schutz von Vogelarten, die Nähe zu Wohngebieten oder die Frage der Wirtschaftlichkeit – seien untergeordnet behandelt worden, so ProNatur. Nun steht die Sorge im Raum, dass der Ausschuss die Flächen trotz breiter Ablehnung in der Bevölkerung festlegen

könnte.

„Wir müssen sichtbar sein – für die Entscheidungsträger im Ausschuss und für die Öffentlichkeit. Nur wenn viele Menschen Gesicht zeigen, kann verhindert werden, dass unser Landkreis zur Industriezone für Windkraft wird“, so der Appell der Initiative.

Hintergrund

Im Zuge der nationalen Energiewende und der Klimaziele sollen auch im Landkreis Straubing-Bogen sogenannte Windvorrangflächen ausgewiesen werden – also Gebiete, in denen Windenergie bevorzugt und vorrangig ausgebaut werden soll. Kritiker befürchten, dass es zu einer Zerstückelung der Landschaft, einer Gefährdung von Tierarten sowie zu einer Entwertung von Immobilien kommen könnte. Auch der fehlende/schwache Wind in manchen Gebieten und die unkalkulierbaren Auswirkungen auf Mensch und Natur sind Gegenstand intensiver Diskussionen.

Fakten zur Sitzung

- Wann: Donnerstag, 10. Juli 2025, 9:00 Uhr
- Wo: Landratsamt Straubing, Sitzungssaal
- Thema: Entscheidung über Windvorrangflächen im Landkreis Straubing-Bogen
- Aufruf: Teilnahme aller interessierten Bürgerinnen und Bürger zur öffentlichen Sitzung und zum friedlichen Protest

Frankreich stoppt Windkraft:

Schutz für Mensch & Natur



Es ist ein Paukenschlag aus Frankreich, der weit über die Landesgrenzen hinaus hallt: Das französische Parlament hat beschlossen, sämtliche neuen Genehmigungen für Windkraft- und Solarparks vorerst zu stoppen. Dieser Schritt kommt überraschend, aber er ist überfällig – und ein Signal, das auch Deutschland ernst nehmen sollte. Denn was seit Jahren von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Umweltschützern kritisiert wird, scheint in Frankreich nun erstmals politisch Gehör zu finden.

Grund für das Moratorium ist der zunehmende Druck aus der Bevölkerung. Immer mehr Menschen spüren, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur Vorteile bringt. Im Gegenteil: Die sogenannten „grünen“ Technologien haben in den vergangenen Jahren massive Spuren in Natur, Landschaft und Lebensqualität hinterlassen. Windräder, einst als Hoffnungsträger gefeiert, sind vielerorts zu Symbolen der Entfremdung geworden. Riesige Konstruktionen ragen in die Landschaft, prägen ganze Regionen und zerstören dabei nicht selten Lebensräume, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wälder

werden gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Böden werden verdichtet, Biotope unwiederbringlich zerstört.

Nicht nur die Natur leidet, auch die Menschen selbst. Besonders in ländlichen Regionen wird die Belastung durch Windräder immer deutlicher spürbar. Viele Anwohner berichten über Dauerlärm, Infraschall, Schattenschlag und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen oder Kopfschmerzen. Die Nähe mancher Anlagen zu Wohnhäusern ist erschreckend – teils stehen sie in wenigen Hundert Metern Entfernung. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden: Immobilien verlieren an Wert, Tourismus bricht ein, Menschen fühlen sich übergangen und ausgeliefert.

Auch der Tierwelt setzen die Anlagen enorm zu. Jahr für Jahr sterben zehntausende Vögel durch Kollisionen mit Rotorblättern. Besonders betroffen sind Greifvögel, die ihre Flugbahnen nicht an die künstlichen Hindernisse anpassen können. Fledermäuse, die auf bestimmte Jagdgebiete angewiesen sind, verschwinden, weil sie den durch Windräder erzeugten Druckunterschieden nicht standhalten können. Ganze Populationen gehen verloren – still, fast unbemerkt und doch dramatisch.

Doch nicht nur Windkraftanlagen stehen in der Kritik. Auch der Ausbau von Photovoltaik – insbesondere in Form großer Solarparks – hat seine Schattenseiten. Immer mehr fruchtbare Ackerflächen werden für riesige Anlagen versiegelt. Was früher der Nahrungsmittelproduktion diente, wird nun mit Metall und Glas überzogen. Besonders in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Unsicherheit bei der Lebensmittelversorgung wirkt dieser Trend geradezu paradox. Die Versiegelung von wertvollem Boden ist ein Eingriff in die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen – und wird dennoch mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen.

Das französische Moratorium markiert hier eine dringend notwendige Zäsur. Zum ersten Mal steht nicht der blinde

Fortschrittsglaube im Vordergrund, sondern die Frage nach den realen Folgen. Ziel ist eine umfassende Folgenabschätzung, eine ehrliche Bewertung der ökologischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Erneuerbaren-Ausbaus. Genau das, was Kritiker seit Jahren fordern: keine Politik nach Bauchgefühl, sondern nach Fakten.

Begleitet wurde die Abstimmung von einem politischen Paukenschlag: Die Fraktion des Rassemblement National brachte zeitgleich einen Antrag ein, das 2020 stillgelegte Atomkraftwerk Fessenheim wieder ans Netz zu nehmen. Auch wenn dieser Vorstoß schnell von der Atomaufsicht abgeschmettert wurde – das Kraftwerk ist inzwischen technisch weitgehend abgebaut und ein Wiederanlauf ist kaum realisierbar – verdeutlicht der Vorstoß doch eines: Die Debatte um Energieversorgung ist in Bewegung geraten. Es gibt wieder Alternativen, Diskussionen, ein Ringen um Wege statt das monotone Mantra vom „alternativlosen“ Ausbau.

Dass der Beschluss überhaupt zustande kam, lag auch an der Zusammensetzung des Parlaments zum Zeitpunkt der Abstimmung. Ein Bündnis aus den Republikanern und dem Rassemblement National brachte genügend Stimmen zusammen, während viele Abgeordnete der Regierung und linker Parteien nicht anwesend waren. Ein politischer Zufall vielleicht – aber einer, der einen echten Wandel auslösen könnte.

Was Frankreich hier tut, ist kein Rückschritt. Es ist ein Innehalten. Ein Nachdenken. Ein notwendiger Moment der Besinnung in einer Debatte, die viel zu lange von technokratischer Alternativlosigkeit geprägt war. Wer wirklich die Umwelt schützen will, darf sie nicht durch gigantische Industrieanlagen im grünen Gewand zerstören. Nachhaltigkeit bedeutet, Mensch und Natur in Einklang zu bringen – nicht, sie gegeneinander auszuspielen.

Frankreich zeigt, dass es auch anders geht. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss demokratisch legitimiert,

ökologisch verträglich und sozial gerecht sein. Es darf nicht darum gehen, möglichst viele Anlagen in möglichst kurzer Zeit zu errichten. Es muss darum gehen, die richtigen Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen – mit Weitsicht, Augenmaß und Rücksicht.

Doch der Widerstand gegen Wind- und Solarparks speist sich nicht nur aus Umwelt- und Gesundheitsaspekten. Auch ökonomisch gerät der Ausbau zunehmend in die Kritik. Immer mehr Kommunen berichten von fehlender Wertschöpfung vor Ort. Die Gewinne fließen meist an überregionale Investoren oder große Energiekonzerne, während die betroffenen Gemeinden mit den Lasten allein gelassen werden. Das versprochene „Teilhabe-Modell“ für Bürger funktioniert in der Praxis oft nicht. Die Einnahmen sind gering, der Einfluss auf Standortentscheidungen noch geringer.

Hinzu kommt ein Thema, das bislang viel zu wenig beachtet wird: die Material- und Rohstofffrage. Windräder, insbesondere Offshore-Anlagen, benötigen riesige Mengen an Beton, Stahl und seltenen Erden – etwa für Permanentmagnet-Generatoren. Diese Rohstoffe stammen oft aus Ländern mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards. Der „grüne“ Strom ist also häufig nur vordergründig sauber, während anderswo Umweltzerstörung, Ausbeutung und Kinderarbeit an der Tagesordnung stehen. Ein grünes Gewissen auf dem Rücken anderer – das kann keine nachhaltige Zukunft sein.

Auch die Entsorgung wird zum Problem: Erste Windparks erreichen bald das Ende ihrer Lebensdauer. Doch was passiert mit den riesigen Rotorblättern, die aus Verbundstoffen bestehen und kaum recycelbar sind? Schon heute türmen sich ausgediente Blätter auf Deponien – ein wachsender Berg ungelöster Entsorgungsprobleme. Von einem echten „Kreislauf“ kann keine Rede sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Volatilität dieser Energiequellen. Wind- und Sonnenstrom stehen nicht zuverlässig

zur Verfügung, sondern nur, wenn das Wetter mitspielt. Das zwingt die Netzbetreiber zu massiven Eingriffen ins Stromsystem – mit hohen Kosten. Gleichzeitig müssen konventionelle Kraftwerke – oft Gaskraftwerke – als Reserve vorgehalten werden. Der sogenannte „Zappelstrom“ bringt also keine Versorgungssicherheit, sondern macht das System anfällig, teuer und instabil.

Auch auf internationaler Ebene wird diese Diskussion lauter. In Skandinavien, Italien, Spanien und den USA mehren sich Stimmen, die einen „Green Deal“ nicht als Freifahrtschein für Großindustrie im Namen der Ökologie sehen wollen. Viele dieser Länder setzen nun verstärkt auf echte Innovation: dezentrale, bedarfsgerechte Systeme, Speichertechnologien und den sparsamen Umgang mit Ressourcen statt Flächenverbrauch im Gigawattmaßstab.

Die große Frage lautet: Wollen wir wirklich unsere letzten unberührten Landschaften opfern – für Technologien, die selbst erhebliche Nebenwirkungen haben? Oder brauchen wir eine neue Debatte darüber, wie eine wirklich nachhaltige Energiewende aussieht? Frankreich hat einen mutigen Schritt gewagt. Vielleicht ist es Zeit, auch bei uns nicht länger die Augen zu verschließen.

Quellen:

<https://www.francesoir.fr/politique-france/l-assemblee-un-moratoire-sur-les-eoliennes-et-panneaux-solaires-seme-la-zizanie>

https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite_6614663_1653054.html